

SAP**politikbrief**

Informationen für Politik und Verwaltung

**"Vernetzt besser Leben"**

Der Digital-Gipfel 2017 in Ludwigshafen | S. 2

Präsident des Ifo-Instituts

Fünf Fragen an Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest | S. 4

SAP-Finanzvorstand Luka Mucic informiert Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Bitkom-Präsident Thorsten Dirks, Verkehrsminister Alexander Dobrindt und Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries sowie die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz Malu Dreyer und den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann über Erfolgsprodukte der Industrie 4.0.

Innovation als unsere gemeinsame Chance

SAP investiert 13% des Umsatzes in Forschung und Entwicklung und beschäftigt in diesem Bereich rund 25.000 Mitarbeiter. Das macht deutlich wie wichtig Innovation für unser Unternehmen ist.



Ina Schlie

Ich bin Ina Schlie. Als Senior Vice President Digital Government - Head of Government Relations MEE habe ich im September unter anderem die Leitung der politischen Interessenvertretung in Berlin übernommen. Seit zwanzig Jahren begleite ich die SAP auf ihrem Wachstumskurs, zuletzt als Leiterin der Konzernsteuerabteilung. Fast genauso

lange setzen wir uns dafür ein, dass in Deutschland eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung eingeführt wird, um sicherzustellen, dass Deutschland Innovationsstandort bleibt. Die digitale Transformation wird unsere Arbeitswelt stark verändern. Unsere Jobs werden immer weniger an bestimmte Standorte gebunden sein. Es liegt an uns, die Rahmenbedingungen so

zu gestalten, dass die Arbeitsplätze von morgen in Deutschland entstehen. Neben einer umfassenden Forschungsförderung gilt es auch einen innovationsfreundlichen Rechtsrahmen für Daten zu schaffen, das Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen und die Verwaltung zu digitalisieren. Neue Gesetze sind auf ihre Innovationsstauglichkeit zu testen. Lassen Sie uns gemeinsam diese Herausforderungen meistern. Es gibt viel zu gewinnen! Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit.

Ihre

Ina Schlie

Head of Government Relations
Middle & Eastern Europe

Digital-Gipfel: Industrie 4.0 ist eine Erfolgsgeschichte

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbände diskutierten in diesem Jahr auf dem Digital-Gipfel unter dem Motto „Vernetzt besser leben“ insbesondere über die digitale Transformation der Wirtschaft, über digitale Gesundheit, Bildung sowie intelligente Vernetzung.



Bill McDermott eröffnet den Vorabendempfang des bitkom in Walldorf
Bild: Ingo Cordes

„Die Sorge in der Öffentlichkeit wächst, das Vertrauen schwindet und viele hart arbeitende Menschen haben Angst vor den Auswirkungen digitaler Technik“, skizzierte Bill McDermott auf dem bitkom-Vorabendempfang in Walldorf die gesellschaftlichen Herausforderungen der Digitalisierung. Wenn beim Aufbau einer digitalen Wirtschaft keiner abgehängt werden soll, müsse es für Unternehmen und Politik darum gehen, eine „Vertrauenswirtschaft“ zu etablieren, erklärte der SAP-Vorstandssprecher.

Mit seiner Eröffnungsrede setzte McDermott den Rahmen für die Diskussion auf dem Digital-Gipfel 2017, der in diesem Jahr mehr als 1.100 Teilnehmer in die Metropol-Region Rhein-Neckar führte. Als Weiterentwicklung des Nationalen IT-Gipfels will das neue Konzept im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wissenschaft die digitale Spaltung der Gesellschaft adressieren. bitkom-Vizepräsident Achim Berg sieht hier noch viel Handlungsbedarf, denn auch ältere Menschen und solche, die wenig Geld zur Verfügung haben, sollen sich vom Wandel nicht bedroht fühlen, sondern von der Digitalisierung profitieren.

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries betonte in ihrer Eröffnungsrede die Bedeutung des Digital-Gipfels als Impulsgeber für die weitere Gestaltung der Digitalisierung in Deutschland. Sie forderte Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaft und Gesellschaft auf, eng zusammenzuarbeiten, um industrielle Kompetenzen und die Chancen der Digitalisierung klug miteinander zu verbinden und

Innovationen und Investitionen anzureizen. Die Metropolregion Rhein-Neckar, die Gastgeber-Region des diesjährigen Gipfels, hob sie als vorbildlich hervor.

Der Vorsitzende des Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V., SAP-Finanzvorstand Luka Mucic, demonstrierte bei einem Rundgang mit Bundeskanzlerin Angela Merkel u.a. gemeinsam mit Lars Kalfhaus, Geschäftsführer der Roche Diabetes Care Deutschland GmbH, den „Accu-Check View“, eine Anwendung zur Vorbeugung von Diabetes. Das System hilft, frühe Anzeichen von Diabetes Typ 2 zu erkennen, und kann so zur Prävention und zur Senkung von Behandlungskosten beitragen. Bei seiner Rede zum Auftakt der Veranstaltung stellte Mucic zudem das Thema Bildung in den Mittelpunkt: „Die Digitalisierung verändert nicht nur, wie wir in Zukunft lernen, sondern auch, was wir lernen. Die Arbeitswelt erfordert neue Konzepte beim Lernen, Forschen und bei der Zusammenarbeit: Interkulturelle Kompetenz, technisches Know-how und Teamwork gehören zusammen.“

In ihrer Rede dankte Bundeskanzlerin Angela Merkel allen, die Industrie 4.0 zu einer Erfolgsgeschichte gemacht haben. Besonders wichtig ist der Bundeskanzlerin dabei, dass nicht nur die großen Unternehmen den Schritt in die Digitalisierung schaffen, sondern auch die kleinen und mittleren Unternehmen. Damit das gelingt, unterstützt die Bundesregierung die „Plattform Industrie 4.0“, die sich unter der Führung von SAP-Entwicklungsvorstand Bernd Leukert zum Export-Schlager entwickelt hat und inzwischen global kopiert wird.



Hermann Gröhe (Bundesminister für Gesundheit), Bill McDermott (Vorstandssprecher der SAP), Brigitte Zypries (Bundesministerin für Wirtschaft und Energie), Achim Berg (BITKOM-Vizepräsident), Thomas Strobl (Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg) und Winfried Kretschmann (baden-württembergischer Ministerpräsident) (vlnr)

Moderne Verwaltung durch Blockchain-Technologie

Mithilfe von Blockchain-Technologie hat SAP für das Bozener Bauförderungsamt eine App entwickelt, die Behördengänge in Italien in Zukunft einfacher und sicherer macht.

Behördengänge kosten Zeit und manchmal auch Nerven. Das ist auch in Italien so, wo Besuche auf dem Amt so langwierig sein können, dass manche sogar Rentner und Studenten als professionelle Behördengänger dafür bezahlen, um sich das persönliche Warten zu ersparen.

Um hier Abhilfe zu schaffen, hat sich Italien mit der Initiative „Agenda Digitale Italiana“ einen digitalen Strukturwandel in allen Bereichen auferlegt. Vorreiter ist die Südtiroler Informatik AG (SIAG), die zentrale Systeme für den öffentlichen Dienst betreibt. Für das Bozener Bauförderungsamt entwickelt sie derzeit gemeinsam mit einem SAP-Team einen Verwaltungsprozess nach dem Once-Only-Prinzip, das auch in Deutschland diskutiert wird. Die eingesetzte Blockchain-Technologie wird es der Behörde ermöglichen, eine digital beglaubigte Kopie transparenter, schneller und sogar fälschungssicher auf einer verteilten Datenbank abzulegen. Der verwendete Hashwert sichert die

Ablage vor Manipulation und ermöglicht auch die Archivierung von anonymisierten Daten.

Das Vertrauensprinzip der Blockchain könnte den endlosen Kreislauf aus Bestätigungen und diffusen Ablagen in der Verwaltung ablösen. Wer dann beispielsweise von Bozen nach Rom umzieht, müsste seine Dokumente nicht wieder zusammensuchen und persönlich abgeben, da die Verwaltung einfach auf die zentral abgelegten Unterlagen zugreifen könnte.

Auch für die Behörden hätte diese neue Technologie viele Vorteile. Die von SAP entwickelte App ermöglicht unter anderem die Vergabe eines einheitlichen Aktenkennzeichens pro Genehmigungsvorgang. Dokumente können zudem direkt eingelesen und an alle angeschlossenen Systeme weitergeben werden. Bürger und Mitarbeiter würden entlastet und Verwaltungsprozesse verkürzt.

SAP-Infotag Öffentliche Verwaltung am 13. und 14. September 2017 in Berlin

Für SAP-Anwender in Kommunen, Landes- und Bundesbehörden hat sich der SAP-Infotag für die öffentliche Verwaltung als bedeutende Plattform für Informationsaustausch und Networking etabliert.

Susanne Diehm, Leiterin Public Services & Healthcare und Mitglied der Geschäftsleitung der SAP Deutschland, präsentierte wenige Tage vor der Bundestagswahl in ihrer Eröffnungs-Keynote Auszüge aus den aktuellen Wahlprogrammen der Parteien: Sie alle sehen die Digitalisierung als Chance, die es zu nutzen gilt – für weniger Bürokratie, mehr Effizienz und größere Bürgernähe. Wie das in Praxis aussieht, zeigten Dr. Alfred Kranstedt und Dr. Markus Schmitz in ihren Keynotes auf. Sie stellten zwei konkrete Verwaltungsprojekte vor. Diskutiert wurde allerdings auch über die Konsequenzen der Digitalisierung jenseits der Technik: Prof. Dr. Jutta Rump, Professorin für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Direktorin des Instituts für Beschäftigung und Employability an der Hochschule Ludwigshafen thematisierte in ihrem Vortrag insbesondere die Folgen für die Arbeitswelt, wo Beschäftigte und auch Führungskräfte sich neuen Anforderungen stellen müssen. Viel Zuspruch fand auch der SAP-Praxis-Workshop zum Thema „Smart City: von der Strategie zur Lösungsarchitektur“.



Moderatorin Lena-Sophie Müller im Gespräch mit Susanne Diem (Leiterin Public Services & Healthcare), Dr. Alfred Kranstedt (Direktor des ITZBund) und Dr. Markus Schmitz (CIO der Bundesagentur für Arbeit)

Ifo-Präsident Fuest: „Digitalisierung nicht in einem Schul- oder Ausbildungsfach abhandeln“

Fünf Fragen an Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Präsident des Ifo-Instituts und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium der Finanzen zu den anstehenden politischen Herausforderungen.



Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Herr Prof. Fuest, welche Themen sind die wichtigsten, die die neue Regierung in Angriff nehmen sollte?

Dazu würde ich die Digitalisierung und die damit einhergehende Automatisierung der Wirtschaft zählen, die Reform des Steuersystems und die Stabilisierung und Weiterentwicklung

der Europäischen Union einschließlich der Währungsunion.

Wo sehen Sie in Deutschland Nachholbedarf bei der Digitalisierung?

Ob es gelingt, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, wird vor allem davon abhängen, ob es genug Menschen in Deutschland gibt, die mit digitalen Techniken umgehen können und digitale Geschäftsmodelle verstehen, weiterentwickeln und neue entdecken. Deshalb müssen wir unsere Bildungs- und Ausbildungssysteme reformieren. Eine Herausforderung liegt darin, dass Digitalisierung nicht in einem Schul- oder Ausbildungsfach abzuhandeln ist. Sie ist ein Querschnittsthema und betrifft sehr viele Fächer. Nachholbedarf sehe ich auch in der öffentlichen Verwaltung: Im Bereich e-government ist Deutschland allenfalls Mittelmaß. Wir sollten außerdem vermeiden, neue Geschäftsmodelle aus lauter Angst vor der Marktmacht einzelner Unternehmen totzuregulieren.

Welche Themen sollte die Bundesregierung im Bereich Steuern angehen?

Es ist Zeit für eine Einkommensteuerentlastung. Außerdem sollten wir die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland verbessern. Die USA, Frankreich und Großbritannien haben angekündigt, ihre Unternehmenssteuern deutlich zu senken. Andere Länder haben das in den letzten Jahren getan. Diesem Steuerwettbewerb können wir uns nicht entziehen, unabhängig davon, ob uns das gefällt oder nicht. Deutschland sollte aber nicht nur Steuern senken, sondern Strukturen verbessern. An erster Stelle steht für mich der Ersatz

der Gewerbesteuer durch einen kommunalen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer. Wir sollten außerdem für mittelständische Unternehmen eine steuerliche Forschungsförderung einführen.

Wie sollte sich Ihrer Meinung nach das Bildungswesen verändern, damit es in Deutschland langfristig genügend qualifizierte Fachkräfte gibt?

Die Bedeutung einer Reform unseres Bildungssystems vor dem Hintergrund der Digitalisierung habe ich schon erwähnt. Das deutsche Bildungssystem muss außerdem bessere Bedingungen für Kinder aus bildungsfernen Schichten schaffen. Um das zu erreichen, brauchen die Schulen nicht nur mehr Geld, sondern vor allem mehr Autonomie. Das gilt auch für die Universitäten. Wir sollten außerdem wieder einkommensabhängige Studiengebühren einführen. Studiengebühren mit dem Argument abzulehnen, diese seien unsozial, ist zynisch. Ohne Studiengebühren lassen die Akademiker das Studium von denen bezahlen, die nicht studieren und entsprechend schlechtere Berufs- und Einkommenschancen haben. Ich halte das für hochgradig unfair.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat die Neuordnung Europas gefordert. Was halten Sie davon?

Emmanuel Macron hat einen langen Katalog von Reformen vorgeschlagen. Einige davon wie beispielsweise mehr Europa in der Verteidigungspolitik oder im Bereich der Inneren Sicherheit halte ich für sehr nützlich. Die Schaffung eines Budgets für die Eurozone bringt dagegen wenig. Deutschland sollte sich konstruktiv an der Debatte über die Zukunft Europas beteiligen. Wir sollten allerdings auch eigene Vorschläge einbringen. In der Eurozone beispielsweise müssen wir dafür sorgen, dass Haftung und Kontrolle künftig wieder besser übereinstimmen. Wir müssen die Eigenverantwortung der nationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik betonen und Gläubiger überschuldeter Staaten an den Sanierungskosten beteiligen. Zu diesem aus meiner Sicht zentralen Punkten hat Macron zu wenig gesagt.

IMPRESSUM

SAP SE · ViSdP: Ina Schlie
Rosenthaler Straße 30 · 10178 Berlin
Tel. +49 30 41092-100 · www.sap.com

 facebook.com/SAP

 twitter.com/sap

7 Vorschläge für mehr Innovation in Deutschland

Die Digitalisierung verursacht einen tiefgreifenden Wandel in allen Lebensbereichen. Neue disruptive Geschäftsmodelle und das Internet der Dinge verändern die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten. Als globales Unternehmen und größter nicht-amerikanischer Softwarehersteller möchten wir diesen Wandel aktiv mitgestalten und mit konkreten Vorschlägen die Entwicklung von politischen Rahmenbedingungen unterstützen:

1. Entwicklung eines innovationsfreundlichen Rechtsrahmens für Daten

Beim Datenschutz war und ist Deutschland Vorreiter in Europa. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Allerdings gilt es sicherzustellen, dass wir den Datenschutz innovationsfreundlich ausgestalten. Einerseits legen viele Unternehmen Wert darauf, dass ihre Daten in Europa gespeichert und verarbeitet werden. Andererseits beobachtet SAP mit Sorge, dass neue Technologien wie Big Data und Machine Learning in Europa nur sehr zögerlich Fuß fassen.

Mit Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung darf die Entwicklung des Datenschutzrechts daher nicht stehen bleiben, sondern muss mit der Dynamik der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung schritthalten. Ein grundsätzliches Nein zur Verarbeitung personenbezogener Daten und strenge Einwilligungsanforderungen gehören auf den Prüfstand; das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung muss in praktische Konkordanz mit anderen Grundrechten gebracht werden. Nur wenn das Datenschutzrecht einen zeitgemäßen Umgang mit personenbezogenen Daten reflektiert, kann Deutschland weiter eine Vorreiterrolle spielen und einen Wettbewerbsvorteil für Europa sichern.

2. Förderung von Forschung und Entwicklung vorantreiben

Zur Stärkung der Innovationskraft Deutschlands bedarf es eines Steuersystems, welches Investitionen in Zukunftstechnologien nicht diskriminiert, sondern auf breiter Ebene fördert. Indessen weist das deutsche Steuerrecht derzeit zu viele innovationshemmende Regelungen auf. An einer steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung mangelt es bekanntermaßen gänzlich.

Für deutsche Unternehmen ergibt sich dadurch ein entscheidender Nachteil gegenüber ihren ausländischen Wettbewerbern, die in der Regel auf vielfältige steuerliche Fördermöglichkeiten zurückgreifen können.

Deutschland sollte daher die Chance ergreifen und sich im internationalen Wettbewerb als attraktiver Innovationsstandort positionieren. Um Investitionen in Zukunftstechnologien zu ermöglichen und dadurch Arbeitsplätze zu sichern, sollte neben der selektiven Projektförderung eine steuerliche Förderung

aller Unternehmen eingeführt werden. Eine Beschränkung der Förderung auf kleine und mittlere Unternehmen ist abzulehnen. Wie wissenschaftliche Studien eindeutig belegen, kann Deutschland nur so langfristig signifikante Wachstumseffekte und Netto-Wohlfahrtsgewinne erzielen.

Abzulehnen sind aus Sicht der SAP die aktuellen Vorstöße einiger EU-Finanzminister, eine „Sondersteuer“ beziehungsweise „Ausgleichssteuer“ für Unternehmen der digitalen Wirtschaft einzuführen. Die damit verbundenen rechtlichen Unsicherheiten und Risiken stellen eine nicht unerhebliche Gefahr für den Innovationsstandort Deutschland dar.

3. Vermeidung einer überschießenden Plattformregulierung

Die wettbewerbsrechtliche Regulierung von Plattformen sieht SAP im Hinblick auf die Rahmenbedingungen von B2B-Plattformen differenzierter. Zum einen treffen für Vereinbarungen unter Kaufleuten die Verbraucherschutzargumente einer Plattformregulierung (einseitige Vertragsbedingungen) nicht zu, im Rechtsverkehr unter Vollkaufleuten sollte es deshalb beim allgemeinen Grundsatz der Vertragsautonomie bleiben. Zum anderen hält SAP es für erforderlich, dass insbesondere im B2B Bereich, in dem die Märkte zum Großteil erst in Entstehung sind, Innovationen nicht durch eine überhöhte Regulierung behindert werden. Vor allem ist es wichtig, dass große neue Plattformen in Europa und Deutschland entstehen. SAP hat großes Interesse daran, die Entwicklung neuer Plattformen in den Bereichen vernetzte Mobilität und Gesundheit aktiv mitzugestalten.

4. Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben

Eine moderne Verwaltung mit Fokus auf Effizienz und Bürgernähe ist ein wichtiger Standortfaktor im internationalen Wettbewerb. Moderne Verwaltung ist ohne den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik nicht mehr denkbar. Deutschland hinkt hier im internationalen Vergleich hinterher. Dabei ist der digitale Wandel in Behörden mit Blick auf demografische und finanzielle Rahmenbedingungen längst überfällig. Wir sind überzeugt, die öffentliche Hand kann den Bürgerinnen und Bürgern in allen ihren Anliegen sehr viel schneller und wirksamer helfen, wenn die Möglichkeiten der Digitalisierung voll ausgeschöpft werden.

5. Eine Digitalisierung des Bildungswesens

Von besonders großer Bedeutung sind deutliche Impulse in den Bereichen Forschung, Lehre und Ausbildung. Deutschland muss den Weg zur Wissensgesellschaft noch konsequenter voranschreiten. Hierzu sind Investitionen in die digitale Bildung unabdingbar, denn der Standortvorteil gut ausgebildeter Fachkräfte und Forschung auf höchstem Niveau muss nicht nur gesichert, sondern entsprechend gestärkt werden.

6. Das Gesundheitswesen digitalisieren

Die Digitalisierung des Gesundheitswesens bietet große Chancen, die Gesundheitsversorgung in Deutschland nachhaltig zu verbessern. Aber leider wird der Schutz von Gesundheitsdaten in Deutschland ungeachtet der EU-weiten Harmonisierung immer noch von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt. Wenn wir es in Deutschland Ernst meinen, mit einer besseren, datengestützten Versorgung und Gesundheitsforschung, dann brauchen wir auch in Deutschland eine eindeutige Regelung, wann ein Datensatz hinreichend de-identifiziert ist,

um etwa in der Forschung genutzt zu werden ohne dass weitere Einwilligungen des Patienten erforderlich sind. Um den Datenschatz der Gesundheitsdaten tatsächlich nutzen zu können, sollte Deutschland auch überprüfen, ob immer die (vorherige) Einwilligung in die Verarbeitung der Daten durch den Patienten erforderlich ist, oder nicht auch der fristgebundene nachträgliche Widerruf einer Einwilligung (Opt-out) vielfach sinnvoll ist.

7. Ausbau von Gigabit-Infrastrukturen

Deutschland hinkt beim Ausbau von schnellen Glasfaserleitungen mit Übertragungsgeschwindigkeiten bis in den Gigabit-Bereich vielen anderen Industriestaaten weit hinterher. Dies entwickelt sich immer mehr zu einem Standortnachteil für Deutschland und behindert die Einführung von modernen Technologien, wie beispielsweise Cloud Computing und Industrie 4.0. Deshalb müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den schnellstmöglichen Ausbau von flächendeckenden und bedarfsgerechten Gigabit-Infrastrukturen vor 2025 zu ermöglichen.

Ihre Ansprechpartner

Haben Sie Fragen zu einem Bericht im *SAP politikbrief* oder Interesse an weiteren Hintergrundinformationen?

Sprechen Sie uns an:



Global Head of Digital Govt.

Peter A. Selfridge, Washington D.C.

peter.selfridge@sap.com



Head of Government Relations Middle & Eastern Europe

Ina Schlie, Berlin

ina.schlie@sap.com



Head of Global Strategy & Operations

Mike Cosse, Berlin

mike.cosse@sap.com



SAP-Headquarters Walldorf

Dr. Karim El Salamoni, Walldorf

karim.el-salamoni@sap.com



Global Head of Business Support

Dr. Caroline King, Berlin

caroline.king@sap.com



Political Business Development

Dr. Pablo Mentzini, Berlin

pablo.mentzini@sap.com



Global Head of Public Policy

Dr. Andreas Tegge, Brüssel

andreas.tegge@sap.com



twitter.com/SAPDGIT



facebook.com/SAPDGIT



instagram.com/SAPDGIT



snapchat – SAPDGIT